triebsleitern auf von Feiwel ausführlich dargestellte Prämiensysteme und andere Kriterien, die administrativ gesetzt sind, um einen Anreiz zur Planerfüllung zu geben. Es ist dies das anschaulichste Kapitel des Buches.

An dieser Stelle ist es unmöglich, im einzelnen auf die vielen zu einer Diskussion herausfordernden Fragen, die die Lektüre des Buches bringt, einzugehen. Auf zwei Dinge soll hingewiesen werden: 1. Das Planwirtschaftssystem östlicher Prägung ist — und darauf macht Feiwel häufig aufmerksam — nur vor dem Hintergrund der Ökonomie marxistischer Ideologie zu begreifen. 2. Das Verständnis der von Feiwel vorgebrachten Argumente wie auch das der Beschreibung ökonomischer Zusammenhänge setzt einen mit diesen Problemkreisen vertrauten Leser voraus, wenn dieser Feiwels Buch mit Gewinn studieren und nicht nur die Beschreibung von Zuständen lesen will.

Das für den Rezensenten ermüdende Aufschlagen der am Schluß des Textes zusammengestellten 965 Fußnoten ist ein geringer Mangel dieser fundierten empirischen Studie über die Praxis einer Planwirtschaft.

Kiel

Jürgen D. Berndt

Das Arbeitsrecht im Ostblock. (Studien des Instituts für Ostrecht/München, Bd 7.) Verlag für Internationalen Kulturaustausch. Frankfurt/M., Berlin 1959. 112 S.

Bürger und Verwaltungsrechtsschutz in der SBZ und im Ostblock. (Studien des Instituts für Ostrecht/München, Bd 8.) Verlag für Internationalen Kulturaustausch. Frankfurt/M., Berlin 1959. 75 S.

Wie die Herausgeber im Vorwort zum ersten Band der Reihe betonen, sollen die „Studien“ des 1957 gegründeten Münchner Instituts für Ostrecht einer breiteren Öffentlichkeit „eine Orientierung über die grundlegenden Probleme der einzelnen Länder“ des Ostblocks auf dem Gebiet des Ostrechts ermöglichen. Die Thematik der „grauen Bändchen“ wurde teils schon vorher in den Arbeitsgemeinschaften der Seminare behandelt, teils werden die Sammelarbeiten durch selbständige Monographien zu den Spezialthemen vertieft. Der vorliegende 7. Band der Reihe beschäftigt sich in sechs Abhandlungen mit dem Arbeitsrecht der kommunistischen Länder Ost- und Südosteuropas. Im ersten Aufsatz geht P. Barton, Paris, auf die grundsätzliche Problematik der Kollektivverträge (Tarifverträge) ein. Als durchgehendes Kernstück einer kommunistischen Arbeitsverfassung bezeichnet er mit Recht die Fiktion einer Interessengemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das Streikverbot illustriert eindringlich die bestehende Rechtslage. Die Folge dieser Ungleichheit der Parteien ist die dominierende Stellung der Gewerkschaften „in der Diktatur des Proletariats“, die der Vf. in seinem zweiten Beitrag behandelt. Sie sind keine Arbeitervereine, sondern eine Staatsinstitution, die nicht durch den kollektiven Willen ihrer Mitglieder getragen wird. Die führenden Funktionäre werden nicht gewählt, sondern von oben ernannt. Dieses undemokratische Prinzip findet sich auch in den „zentralisierten Befugnissen“ der kommunistischen Gewerkschaften wieder. Sie haben in erster Linie für die Arbeitsdisziplin zu sorgen, aus der sich hauptsächlich die meisten Arbeitsstreitigkeiten ergeben.

Wie H. Niedermeier, München, in seinem Aufsatz über „Die Regelung von Arbeitsstreitigkeiten im Ostblock“ bemerkt, sind diese Konflikte nach der

kommunistischen Ideologie an sich ein Anachronismus und lassen sich nur auf die „kapitalistischen Überreste im Bewußtsein einzelner Menschen“ zurückführen (S. 26). Jede Verletzung der Arbeitsdisziplin wird in der Sowjetunion als eine „Schädigung und Gefährdung des Sowjetstaates angesehen“ und disziplinarisch oder gerichtlich bestraft. Es gibt dort seit 1928 Schlichtungsstellen, die praktisch die erste Instanz in Arbeitsstreitigkeiten sind. Daneben entscheiden auch Gerichte, deren Tätigkeit „mehr dem Schutz des Staates als dem Rechtsschutz der Bürger oder der Verwirklichung der Gerechtigkeit“ dient. Für bestimmte Streitigkeiten ist jedoch weder die Kompetenz der Schlichtungsstellen noch die der Gerichte gegeben. Über sie entscheidet die übergeordnete Dienststelle. Hierzu gehören z. B. nach der Rechtsprechung des Obersten Gerichts der UdSSR auch die Streitigkeiten anlässlich der Einstellung oder Entlassung von Professoren und Dozenten.

Zwei weitere Aufsätze behandeln arbeitsrechtliche Fragen in der SBZ und in Polen. S. M a m p e l, Berlin, stellte die Rechtsprechung des Obersten Gerichts der Sowjetzone in Arbeits- und Sozialversicherungssachen zusammen und kommentiert die einzelnen Entscheidungen. Seine kurze Einführung in die Problematik der „richterlichen Unabhängigkeit“ und die Funktion des Rechts in einem kommunistischen Rechtssystem beleuchtet scharf die Rolle der Gerichte bei der Durchsetzung der vorgegebenen wirtschaftspolitischen Ziele.

A. B i l i n s k y, München, schildert in seinem Beitrag über „Das Arbeitsverhältnis in Polen“ den Versuch der polnischen Wissenschaft nach 1956, den „eigenen polnischen Weg zum Sozialismus“ im Arbeitsrecht zu beschreiten. Die Auseinandersetzung mit der nach 1945 rezipierten sowjetischen Auffassung vom Arbeitsverhältnis drehte sich äußerlich um die Konstruktion der sog. Eingliederungs- und Vertragstheorie. Der Vf. zeichnet in einem Rückblick die verschiedenen Schulen zu dieser Frage und stellt fest, daß die Kommunisten und Nationalsozialisten von dem primären Phänomen der „Volksgemeinschaft“ ausgehen. Die Eingliederung in den Personenbestand des Betriebes geht dabei dem arbeitsrechtlichen Band voraus. In einem Überblick über die Diskussion in Polen nach 1956 stellt der Vf. zutreffend fest, daß die polnische Auffassung zwar das arbeitsrechtliche Element stark unterstreicht, doch auch sie sieht im „Arbeitsverhältnis“ nicht eine zivilrechtliche Interdependenz. Die theoretische Polemik hat einen politischen und praktischen Bezug: Es geht um die bilaterale Bestimmung des Inhalts des Arbeitsverhältnisses der am Arbeitsprozeß beteiligten Parteien. Die Vertragstheorie betont stärker als die Eingliederungslehre die Autonomie des Arbeitnehmers. Mit dieser Frage beschäftigt sich der Vf. im zweiten Teil der Analyse über die Rolle der Arbeiterräte bei der Demokratisierung der Betriebsverfassung in Polen. Doch die Arbeiterselbstverwaltung, die so erwartungsvoll begann, verlor nach und nach ihre praktische Bedeutung. Der nächste Aufsatz desselben Vfs. untersucht „Die Entwicklung der sowjetischen Gewerkschaften vor dem Hintergrund des jugoslawischen Modells der Arbeiterselbstverwaltung“.

Der Anhang des Bandes enthält einige wichtige Verordnungen der Ostblockstaaten zur Arbeitsverfassung in deutscher Übersetzung. Der kleine Band informiert vorzüglich über die Grundfragen des Arbeitsrechts der kommunistischen Staaten.

In den vorliegenden 8. Band der Reihe wurden vier Hauptreferate eines Seminars über den Verwaltungsrechtsschutz in einigen kommunistischen Ostblockländern aufgenommen, die im Rahmen des Instituts für Ostrecht/München durchgeführt worden sind. Wenn man von der Stellung des Bürgers gegenüber dem Staat in einer totalitären Gesellschaft bolschewistischen Typs spricht, so muß man sich von der Vorstellung einer liberalen Demokratie unbedingt freimachen. Auf den ersten Blick könnte der Eindruck entstehen, daß der überkommene Begriff der Rechtsstaatlichkeit dem seit dem Tode Stalins im Ostblock diskutierten Thema der „sozialistischen Gesetzlichkeit“ entspräche. Wie aber A. Bilinsky, München, in der ersten Abhandlung über „Begriff und Entwicklung der sozialistischen Gesetzlichkeit“ ausführt, fehlt es im Ostblock an einem Spannungsverhältnis zwischen dem Individuum und dem Staat. Das oberste Gebot des verwaltungsrechtlichen Handelns ist dort die „zweckmäßige Anwendung der Gesetze durch sämtliche Staatsorgane nach dem Grundsatz der Parteilichkeit“. Diese von der kommunistischen Partei aufgestellten Richtlinien werden sowohl im Strafverfahren als auch in der Verwaltung durch ein kompliziertes System der staatlichen Kontrolle in die soziale Wirklichkeit transformiert. Mit Recht behandelt der Vf. in diesem Zusammenhang ausführlicher die Befugnisse der Staatsanwaltschaft im Verwaltungsschutzverfahren der kommunistischen Länder. Es wäre zu vermerken, daß die starke Stellung dieser Institution keineswegs nur im sowjetischen Rechtssystem festzustellen ist. Die Staatsanwaltschaft hatte auch im vorrevolutionären Rußland außerordentlich weite Kompetenzen im gesamten Bereich des öffentlichen Lebens. Zum Schluß bemerkt der Vf., daß trotz gewisser Lockerungstendenzen in der Sowjetunion die Stellung des Bürgers die gleiche geblieben sei, weil er in keiner Weise an dem Rechtsbildungsprozeß beteiligt sei.

Die „Verwaltung der SBZ und der Rechtsschutz des Bürgers“ und die „Grundzüge der sowjetzonalen Verwaltung“ werden in zwei Beiträgen von M. Baring, Berlin, behandelt. Ausgangspunkt seiner Betrachtung sind die Institutionen des herkömmlichen Staats- und Verwaltungsrechts wie das traditionelle Berufsbeamtentum, der hierarchische Aufbau der Verwaltung, die Methodik der Rechtsbehelfe, die Amtshaftung und die verwaltungsgerichtliche Generalklausel. Sie seien der optimale Garantieschutz des Bürgers gegenüber der Obrigkeit gewesen. Durch die Rezeption des sowjetischen Verwaltungsrechts in der SBZ sind sie entweder ausgehöhlt worden, oder man hat sie durch andere „sozialistische Rechtseinrichtungen“ ersetzt. So sei die Anwendung der förmlichen Beschwerde sehr gering, und das Berufsbeamtentum gehe in dem weiten Sammelbegriff der „Arbeitnehmerschaft“ auf. Völlig beseitigt wurde der verwaltungsgerichtliche Rechtsschutz des Bürgers. Bei der Darstellung der sowjetzonalen Verwaltung behandelt der Vf. drei „Strukturprinzipien“: Verwaltung und Justiz, Verwaltung und Wirtschaft und das Rätssystem. Von den verwaltungsrechtlichen Grundsätzen, die er als Wirkungsprinzipien bezeichnet, nennt er das charakteristische Merkmal eines totalitären Staates, nämlich die „Verstaatlichung des Lebens“. Die Verwaltung in der SBZ lasse sich nicht mehr vom Legalitätsgrundsatz, sondern vom Opportunitätsprinzip leiten. Ergänzt wird dieser Katalog durch den Ausschluß der „Gedankenfreiheit“ und die Umkehrung der Regel, daß der Bürger in einer parlamentarischen Demokratie

grundsätzlich in „einem allgemeinen Rechtsverhältnis“ zum Staat stehe, wobei das besondere Gewaltverhältnis eine Ausnahme bilde, während im kommunistischen Land umgekehrt das besondere Gewaltverhältnis die Regel sei. Diesem Gedanken des Vfs. kann man uneingeschränkt zustimmen. Vielleicht wäre die Konsequenz, daß es sich bei einem kommunistischen Staat um eine Rechtsfigur der „öffentlichen Anstalt“ handle. Max Weber hat es allerdings auch im liberalen Staat nachzuweisen versucht.

Die Reihe der Beiträge schließt mit einem Überblick von Werner Schulz, München, über „Das Rätssystem in Ungarn und das ungarische Gesetz über das Verwaltungsverfahren“.

Auch dieser „graue Band“ der Reihe „Studien des Instituts für Ostrecht/München“ gibt in einer prägnanten Darstellung einen ersten Überblick über das Verhältnis des Bürgers zum kommunistischen Staat auf dem Gebiet der Verwaltung. Wer sich weiter über die behandelte Problematik informieren will, kann die zahlreichen Literaturhinweise als einen wichtigen und nützlichen Wegweiser gut verwenden.

Köln

Alexander Uschakow

Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder

Europas. 8. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin(-Ost) 1964.
592 S.

Auf das von E. Donnert als Chefredakteur geleitete Jahrbuch soll vor allem deshalb wieder hingewiesen werden, weil es einerseits die Stoffgrundlage der Ostmitteleuropaforschung zu verbreitern vermag, andererseits aber durch den Widerspruch, zu dem manche Verzeichnung in den Beiträgen herausfordert, auch anregend wirkt. Und nicht zuletzt bietet es manchen Originalartikel in deutscher Übersetzung, der im Originaltext vielen deutschen Lesern nicht zugänglich ist. Auch im vorliegenden Band gibt es wieder solche Abhandlungen. Auf das Arbeitsgebiet der „Zeitschrift für Ostforschung“ beziehen sich folgende Aufsätze, Berichte und Miscellen: J. Borkowski, „Der Klassenkampf im volksdemokratischen Polen in den Jahren 1944—1947“ (S. 45—76; aus dem Polnischen übersetzt); J. Gołębiowski, „Zur Frage der Nationalisierung in Polen bis zum Jahre 1946“ (S. 77—102; aus dem Polnischen übersetzt); Diemut Löttsch, „Die Rolle der PPR bei der Eingliederung Niederschlesiens in den polnischen Staat (1945)“ (S. 103—124; dem deutschen Standpunkt, wie ihn die Schlesier sehen, die noch 1945 in Schlesien waren, wird dieser Beitrag nicht gerecht); W. Schmidt, „Die polnische Frage in der ‚Deutschen Brüsseler Zeitung‘ 1847/48“ (S. 213—245); S. Epperlein/R. Wiedera, „Die Beziehungen der Kiever Ruß und Polens zu Papst und Kaiser während des Investiturstreits“ (S. 271—287) — ein in seiner Fragestellung aufschlußreicher Aufsatz, weil er auf eine immer noch bestehende Forschungslücke aufmerksam macht. Die Studie verfolgt die Einflüsse „der russischen und polnischen Geschichte auf das dramatische Geschehen in Deutschland zur Zeit Heinrichs IV. und Gregors VII. sowie die Rückwirkungen des Investiturstreits auf Polen und die Kiever Ruß“. Sie kann solche Einwirkungen feststellen, weil sich die streitenden Parteien im Osten um Bundesgenossen bemühten. Aber auch Polen und die Kiever Ruß zogen ihre Vorteile aus dem Streit. —